

Diakonischer Arbeitskreis für Gerechtigkeit und Solidarität (DAGS)

Konvent der Brüder- und Schwesternschaft
des Rauhen Hauses Hamburg



Informationsblatt des Arbeitskreises (17. Jahrgang, Nr.10 Oktober 2023)

besuchen Sie uns auch im Internet unter www.dags-konvent.de

Ich möchte hier leidenschaftlich für das Recht der Abgeordneten eintreten, Unsinn zu reden. Es ist eines der Grundrechte des Parlaments.

Hans Dichans, Bundes- u. Europapolitiker (CDU), 1907-1980

Outsourcing in Diakonie und Kirche

Seit über drei Jahrzehnten werden in der Diakonie bestimmte Arbeitsbereiche outgesourct (ausgegliedert), obwohl es in der Präambel der „Arbeitsvertragsrichtlinien der Diakonie“ (AVR) vom 1. April 2020 heißt: „Alle in einer diakonischen Einrichtung tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bilden eine Dienstgemeinschaft. ... Der Dienstgeberin bzw. dem Dienstgeber erwächst aus dem Wesen der Dienstgemeinschaft die Pflicht zur Fürsorge für jede einzelne Mitarbeiterin und jeden einzelnen Mitarbeiter.“ In Wikipedia heißt es hierzu: „Die Dienstgemeinschaft umfasst alle in einer Einrichtung Beschäftigten, und zwar unabhängig von ihrem Beruf, ihrer fachlichen Kompetenz oder ihrer arbeitsrechtlichen Stellung.“ Im Arbeitsrecht geht man davon aus, dass nur diejenigen zu einer Dienstgemeinschaft gehören, welche dem gleichen (kirchlichen) Arbeitsrecht zuzuordnen sind. Wer einem anderen (öffentlichen) Arbeitsrecht unterliegt, gehört nicht zu dieser Dienstgemeinschaft. Das ist überall der Fall, wo ausgegliederte Arbeitsbereiche einem anderen Tarifvertrag als die übrigen Mitarbeitenden der Einrichtung unterliegen. Im Rauhen Haus gehören demnach die Mitarbeitenden von RHP nicht zur Dienstgemeinschaft. Für mich verbietet sich aus dieser Formulierung, bestimmte Arbeitsbereiche auszugliedern, wie das die meisten großen Einrichtungen der Diakonie tun. Ausgegliedert werden vor allem Arbeitsbereiche wie Hausreinigung oder Hausmeisterdienste. Begründet wird dies zumeist damit, dass man nur dadurch dem Konkurrenzdruck vor allem mit privatwirtschaftlich getragenen sozialen Einrichtungen standhalten könne. Dadurch entfallen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ausgegliederten Arbeitsbereichen zumeist eine zusätzliche Altersversorgung (kirchliche Zusatzversorgung), selbst wenn nach bestehenden Tarifverträgen bezahlt wird. – Doch gerade in letzter Zeit melden häufig privatwirtschaftlich geführte Pflegeeinrichtungen Insolvenz an, sodass das Argument vom Konkurrenzdruck nicht mehr stichhaltig ist. Auch in den meisten Kindertageseinrichtungen unter der Trägerschaft einer Kirchengemeinde oder eines kirchlichen Kindergartenwerks vergibt man die Hausreinigung

und die Verpflegung an eine privatwirtschaftlich geführte Firma und verzichtet darauf, hierfür eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anzustellen. Auch hier gibt es keine Dienstgemeinschaft mehr.

Solche Entwicklungen entsprechen keineswegs dem Postulat einer „Dienstgemeinschaft“. Für mich haben es Diakonie und Kirche bisher versäumt, der Gesellschaft zu zeigen, dass es auch andere Wege gibt, dem Kosten- und Konkurrenzdruck zu begegnen. Statt der Öffentlichkeit zu zeigen, dass Diakonie und Kirche Arbeitgeber sind, welche ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem in Zeiten finanzieller Schwierigkeiten nicht alleine lassen, Modell für soziale Arbeitsbedingungen sind, tun sie Gleiches, wie in der Privatwirtschaft üblich. Dabei wären gerade in diesen Zeiten fantasievolle, beispielgebende Lösungen gefragt, wie etwa die Senkung von Vorstands- und Direktorengehältern, die Anprangerung von Verschwendung von Steuergeldern oder das Einwirken auf die Zahlung unrealistisch hoher Geldleistungen, wie etwa im Profifußball und anderswo.

Aus meiner Sicht haben Diakonie und Kirche in dieser Frage versagt.

Klaus-Rainer Martin

Mitbestimmung? Einfordern!

Meine Frau und ich sind schon lange Mitglieder im Hamburger Mieterverein. In der letzten Ausgabe seiner Zeitschrift fand ich einen Artikel mit der obigen Überschrift, der für mich zu unseren Anliegen bei DAGS passt. Ich zitiere einige Stellen:

„Mitbestimmung, Beteiligung, Partizipation: Seit Jahren liegt es im Trend, diejenigen, die von politischen Entscheidungen, gesellschaftlichen Veränderungen oder konkreten Projekten betroffen sind, anzuhören, ihre Meinungen und Vorschläge aufzunehmen und bei der Planung zu berücksichtigen. Ein schönes Beispiel hierfür war bis vor kurzem das Paloma-Quartier auf St. Pauli“ Ein von vielen BewohnerInnen und Organisationen ausgearbeiteter Plan, der vor allem zum Ziel hatte, einen Neubau zu realisieren, der auch Heimat bietet für die auf St. Pauli ansässige Kreativwirtschaft und Menschen mit geringem Einkommen, wurde nach vielen Jahren wegen steigerten Kosten für unausführbar erklärt. Zuletzt wurden geheime Verhandlungen der Bayerischen Hausbau mit der städtischen SAGA über einen Verkauf publik, der Aufschrei im Quartier war so laut wie verständlich. Der Verfasser, Dr. Rolf Bosse, fährt fort: Wenn das das Ergebnis ist, wie weit ist es her mit der Mitbestimmung?

Ist alles Augenwischerei, Beschäftigungstherapie, Siedierung von Kritik und Vermeidung von Protest? Wer bisher ohnehin skeptisch im Hinblick auf die Vertrauenswürdigkeit gewinnorientierter, kapitalgetriebener Investoren und Projektentwickler war, sieht sich bestätigt. Ein Fall wie das Paloma-Quartier beschädigt das Vertrauen auf demokratische Prozesse, frustriert diejenigen, die noch an das Soziale in der Marktwirtschaft geglaubt haben und lässt die Rufe nach mehr Staat lauter werden. Ein verständlicher Reflex: Wo gesellschaftliche Teilhabe nicht funktioniert, wird staatliche Lenkung gefordert.

Es darf nicht sein, dass wir als Lehre aus diesem Exempel uns künftig weniger bemühen, teilzunehmen an dem, was um uns herum geschieht, uns einzubringen und Gehör zu fordern.

So sehe ich auch unsere Aufgabe von DAGS.

Walter Hamann

Ersatzfreiheitsstrafe wird halbiert

Der Bundestag hat beschlossen, dass die sogenannte Ersatzfreiheitsstrafe (EFS) künftig nur noch halb so lang ist wie bisher. Wer eine Geldstrafe nicht zahlen kann oder will, muss die Summe im Gefängnis als EFS absitzen. Bislang entsprach die Zahl der Hafttage den Tagessätzen, zu denen jemand verurteilt wurde. Künftig werden die Tagessätze halbiert. Wer beispielsweise zu 50 Tagessätzen verurteilt wurde, muss nur noch 25 Tage in Haft. Betroffene müssen künftig ausdrücklich auf die Möglichkeit hingewiesen werden, dass sie alternativ zur Haft auch soziale Arbeit verrichten können. Von Ersatzfreiheitsstrafen betroffen sind vor allem arme, obdachlose oder suchtkranke Menschen, beispielsweise, wenn sie beim Fahren ohne gültigen Fahrausweis erwischt wurden. Kritiker fordern eine komplette Abschaffung der EFS.

aus: HEMPELS, August 2023

Bei dpa ist zu lesen:

Was Marokko-Urlauber jetzt wissen müssen

Die heftigen Erdstöße in Marokko haben Dörfer und Stadthäuser in Trümmer gelegt, Tausende Menschen starben. Wie ist die Lage vor Ort?

In der Nacht vom 8. zum 9. September 2023 hat ein Erdbeben der Stärke 6,8 Marokko erschüttert. Ganze Dörfer wurden zerstört, das Epizentrum lag circa 70 Kilometer südwestlich von Marrakesch im Hohen Atlas. Seither kam es zu einigen Nachbeben. Bis Montagabend registrierten die Behörden fast 2.900 Todesopfer und mehr als 2.500 Verletzte.

Während in den abgelegenen Regionen noch Leichen geborgen und Trümmer beseitigt werden, wächst die Sorge um den größten Wirtschaftsfaktor des nordafrikanischen Landes: den Tourismus.

Laut der regierungsunabhängigen Beobachtungsstelle für Tourismus kamen in der ersten Jahreshälfte etwa 6,5 Millionen Urlauber und Urlauberinnen nach Marokko, die meisten von ihnen aus Europa oder den USA. Die Beobachtungsstelle befürchtet, dass das Beben und seine Folgen den positiven Trend nicht nur stoppen, sondern sogar wieder zurückdrehen könnten.

Seit der Nacht auf Montag (10.09.) war in Marrakesch laut Agenturberichten nur noch wenig von der Katastrophe zu spüren.

Marrakesch ist den Angaben nach mit mehr als 4,3 Millionen Besuchern der größte Touristenmagnet des Landes. Einige Geschäftsleute spüren den Effekt des Bebens jetzt schon. »Ganze Reisegruppen haben bereits aus Angst vor Nachbeben storniert«, sagt der 56-jährige Dahman Siani, der ein Hammam betreibt. »Die Medina ist die Seele Marrakeschs, unser Stolz. Der Tourismus macht 99 Prozent unseres Einkommens aus«, fährt er fort. »Wenn das stirbt, ist alles zu Ende.«

»Die Infrastruktur (Telefon, Internet, Flughäfen) ist außerhalb des engeren Schadensgebietes am Epizentrum wieder weitgehend in Betrieb, insbesondere in den größeren Städten Essaouira, Agadir, Marrakesch und Ouarzazate«, meldet das Auswärtige Amt in seinen Sicherheitshinweisen. Ältere Gebäude in den historischen Stadtzentren, den Medinas, seien vereinzelt schwerbeschädigt und unbewohnbar, Gebäude und Hotels neuerer Bauart hingegen weitgehend unbeschädigt geblieben.

Dass sie ihren Urlaub nicht abbrechen, sehen manche Touristen und Touristinnen als Solidaritätsbeitrag an. »Wir lassen es nicht zu, dass das Erdbeben alles ruiniert«, sagt eine 35-jährige Deutsche, während sie in Marrakesch an einer Führung durch die Medina teilnimmt. »Es gab keine Warnungen vor einem neuen großen Risiko, also sind wir bei unseren Plänen geblieben.« Der 26 Jahre alte Tourist Dominik Huber meint: »Wir zögern noch, ob wir abreisen sollen oder nicht, aber es scheint relativ sicher. Und wenn wir bleiben, tragen wir auch einen kleinen Teil dazu bei, die Marokkaner zu unterstützen.«

Während an den Küsten Marokkos rund ums Jahr angenehmes Badewetter herrscht, beginnt für das Inland Marokkos, vor allem in den Wüstenregionen, die beste Reisezeit im Herbst: Tagsüber ist es bis zum Frühling angenehm warm, in der Nacht dafür kalt. Zugleich werden auch die Temperaturen für einen Stadturlaub in Marrakesch angenehmer. Was sollen nun diejenigen tun, die in den Urlaubsvorbereitungen stecken?

Wer eine Reise nach Marokko geplant hat, möchte nun vielleicht nicht dorthin reisen: Sei es aus Angst vor weiteren Erdbeben oder weil man nicht in einem Land seine Freizeit verbringen möchte, in dem viele Menschen gerade große Not leiden

Beiträge und Anregungen bitte an

**Klaus Herrmann,
E-Mail: kherrmann@kabelmail.de**

**Unsere nächsten Treffen:
16.10. und 13.11.2023
jeweils von 17.00 bis 19.00 Uhr
im Rauhen Haus, Haus Weinberg**

Seid Täter des Wortes und nicht Hörer allein; sonst betrügt ihr euch selbst.

(Monatsspruch für Oktober 2023 aus Jak. 1,22)

*Herausgeber: DAGS
Redaktion und verantwortlich i.S.d.P.:
Siegfried Heidler, Hamburg
Klaus-Rainer Martin, Klein Wesenberg
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:
31. Oktober 2023*